



EUROPÄISCHE KOMMISSION

PRESSEMITTEILUNG

Brüssel, 22. Februar 2013

Tabak in der EU - Bericht der Kommission: Belastung durch Passivrauchen geht zurück, ist aber immer noch zu hoch

Der Schutz gegen das Passivrauchen in der EU wurde deutlich verbessert, wie aus einem heute von der Kommission veröffentlichten Bericht hervorgeht. So waren im Jahr 2012 28 % der Europäerinnen und Europäer dem Passivrauchen in Bars und Kneipen ausgesetzt - gegenüber 46 % im Jahr 2009. Der Bericht stützt sich auf Angaben aus den 27 Mitgliedstaaten im Nachgang zu der Empfehlung des Rates von 2009 über rauchfreie Umgebungen (2009/C 296/02), mit der die Regierungen aufgefordert wurden, die Bevölkerung umfassend vor der Belastung durch Tabakrauch in öffentlich zugänglichen geschlossenen Räumen, an Arbeitsstätten und in öffentlichen Verkehrsmitteln zu schützen. Der Bericht entkräftet die Bedenken, dass Rauchverbote sich negativ auf die Einnahmen von Bars und Restaurants auswirken könnten, denn er zeigt, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen begrenzt, neutral oder langfristig sogar positiv sind. Aus dem Bericht geht jedoch auch hervor, dass in einigen Mitgliedstaaten im Hinblick auf umfassende Rechtsvorschriften zum Schutz der öffentlichen Gesundheit sowie auf die Durchsetzung solcher Vorschriften noch Nachholbedarf besteht.

Tonio Borg, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, kommentierte: *„Der heute veröffentlichte Bericht zeigt, dass die Mitgliedstaaten stetige Fortschritte beim Schutz ihrer Bevölkerung vor dem Passivrauchen gemacht haben. Die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Tabakrauch ist in der EU jedoch nach wie vor sehr unterschiedlich verteilt und der Weg zu einem rauchfreien Europa ist noch weit. Ich fordere alle Mitgliedstaaten dringend auf, ihre Bemühungen zur Durchsetzung ihrer Rechtsvorschriften zu intensivieren. Ich unterstütze diejenigen, die bereits weitreichende Rauchverbote eingeführt haben, und appelliere an die anderen, es diesen Vorreitern gleichzutun.“*

Die Belastung durch **Tabakrauch in der Umgebungsluft** ist eine **weit verbreitete Ursache für Todesfälle, Erkrankungen und Invalidität** in der Europäischen Union. Nach konservativen Schätzungen¹ **starben im Jahre 2002 in der EU mehr als 70 000 Personen an den Folgen der Belastung durch Tabakrauch**, viele davon Nichtraucher oder Arbeitnehmer, die am Arbeitsplatz durch Tabakrauch in der Umgebungsluft belastet waren.

¹ Empfehlung des Rates vom 30. November 2009 über rauchfreie Umgebungen (2009/C 296/02).

Das WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs ruft alle Vertragsparteien (176 Unterzeichner) auf, wirksame Maßnahmen zum „Schutz vor Passivrauchen am Arbeitsplatz in geschlossenen Räumen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an geschlossenen öffentlichen Orten und gegebenenfalls an sonstigen öffentlichen Orten“ einzuführen. 2007 wurden Leitlinien erlassen, die die Vertragsparteien bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen unterstützen sollten.

Vor diesem Hintergrund nahm der Rat im Jahr **2009** seine **Empfehlung über rauchfreie Umgebungen** an, mit der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, bis spätestens November 2012 Maßnahmen für einen wirksamen Schutz gegen die Belastung durch Passivrauchen einzuführen.

Weitere zentrale Aussagen des Berichts:

- Alle Mitgliedstaaten melden, dass sie Maßnahmen zum Schutz ihrer Bevölkerung gegen die Belastung durch Tabakrauch erlassen haben.
- **Die Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden sich beträchtlich in Umfang und Reichweite.** Etwa die Hälfte der Mitgliedstaaten hat seit 2009 gesetzliche Rauchverbote erlassen oder verschärft. Viele Mitgliedstaaten haben damit bereits früher begonnen.
- In einigen Mitgliedstaaten ist die Durchsetzung offenbar problematisch. **Komplexe Rechtsvorschriften** (z. B. Rechtsvorschriften mit Ausnahmeregelungen) lassen sich besonders schwer durchsetzen.
- Die tatsächliche Exposition der Bürgerinnen und Bürger in der EU ist von 2009 bis 2012 zurückgegangen (so sank die **Expositionsquote von Personen, die Bars besuchen, von 46 % auf 28 %**). Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind allerdings sehr groß.
- **Belgien, Spanien und Polen** stehen beispielhaft für Länder, in denen die Annahme umfassender Rechtsvorschriften die Expositionsquoten innerhalb kurzer Zeit deutlich gesenkt hat.
- Die positiven **gesundheitlichen Auswirkungen gesetzlicher Rauchverbote** machen sich unmittelbar bemerkbar, z. B. durch weniger Herzinfarkte und Atemwegserkrankungen.
- **Die öffentliche Unterstützung für gesetzliche Rauchverbote** ist in Europa sehr groß. 2009 ergab eine Umfrage, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger in Europa entsprechende Vorschriften begrüßen. Dieses Erkenntnis wird auch untermauert durch nationale Erhebungen, aus denen hervorgeht, dass die Unterstützung nach der Einführung wirksamer Maßnahmen zunahm.

Weitere Informationen über Rechtsvorschriften für Rauchfreiheit in der EU:

http://ec.europa.eu/health/tobacco/smoke-free_environments/index_en.htm

Website von Kommissar Borg:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/borg/index_en.htm

Twitter: [@EU_Health](https://twitter.com/EU_Health)

Kontakt:

[Frédéric Vincent](mailto:Frédéric.Vincent@ec.europa.eu) (+32 229-87166)

[Aikaterini Apostola](mailto:Aikaterini.Apostola@ec.europa.eu) (+32 229-87624)